

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 6

Sonntag, den 6. Februar

1916

Arbeiterversicherung und Krieg.

Für die Zukunft muß festgehalten werden, wie während der Kriegszeit Urteile über Arbeiterfragen in herrschenden Kreisen sich geändert haben. Auf die schönen Worte der Anerkennung für die Gewerkschaften, die soviel in Unterstützungsangelegenheiten geleistet haben, legen wir nicht zuviel Gewicht, denn die Lobspender vergessen sie leicht. Aber die gewonnene Erkenntnis über die Gesamtwirkung sozialpolitischer Reformen geht so leicht nicht wieder verloren. So auch die über die Wirkungen der Arbeiterversicherung.

Wir sehen da, daß „der Einfluß der Versicherung auf die jetzt alle Teile unseres Volkes beschäftigende Kriegsbereitschaft und Wehrfähigkeit Deutschlands eine erheblich viel größere ist, als dies in weiten Kreisen des Volkes angenommen zu werden scheint“. Dieser Einfluß dient dann als Beweis einer Aufzählung der Leistungen der Arbeiterversicherung, die wir wahrlich nicht verkleinern wollen. Doch können sie viel größer sein und demnach noch viel günstiger auf die Wehrfähigkeit einwirken, wenn den großzügigen Vorschlägen der Arbeitervertreter in den Parlamenten immer Folge geleistet werden würde.

Die Krankenkasse, die Fügigkeit, die fehlende Wertung der Arbeiter und ihrer Lage hat all das verhindert, was immer wieder zur Verbesserung der Arbeiterversicherung angedacht wird und werden muß. Und nur brachten wir und dann und wann eine kleine Verbesserung gegeben. Man darf nur an die Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung erinnern. Da war wieder einmal Gelegenheit gegeben, großzügig die einheitliche Regelung der ganzen Arbeiterversicherung vorzunehmen. Das ist versäumt worden. Nun muß um einzelne Zugeständnisse immer neu schwer gerungen werden, wie z. B. bei der Herabsetzung der Altersgrenze für den Altersrentenbezug, die nun endlich gewährt werden soll.

Trotz nicht nur die Wehrfähigkeit des Reiches profitiert von der Arbeiterversicherung, die gesamte Produktion des Inlandes erzielt durch die Vorteile, sowohl auf dem Inlandsmarkt, wie auf dem Weltmarkt. Tüchtige, gesunde, geschulte Arbeitskraft ist konsumtionsfähiger und leistet gediegener Arbeit, die im Konkurrenzkampf den Sieg davon trägt. Das Wichtigste ist und bleibt aber die Hebung der Volksgesundheit und Volkskraft, die eine gute Arbeiterversicherung in die Augen fallen läßt. Je mehr sie leistet, um so sichtbar wird das Volkselement eingeschränkt.

Gehören jetzt zirka 20 Millionen Menschen der Krankenversicherung an, so bedeutet das gewiß gegen früher einen großen Fortschritt. Die vorbeugende und heilende Behandlung verhindert vorzeitiges Siechtum, stellt die Arbeitskraft zu ihrer baldigen Verwertung wieder her und gibt dem Gesunden eine innere, beruhigende Befriedigung, die für seine Arbeitsleistungen nicht zu unterschätzen ist. Und doch bedarf die Krankenversicherung der Erweiterung, was wir jedoch nicht näher hier besprechen wollen, es wird nach dem Kriege wieder mehr in den Vordergrund treten. Ebenso ist es mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Diese beiden Teile der Arbeiterversicherung werden nach dem Kriege sehr in Anspruch genommen werden, denn der Staat wird manches auf die Arbeiterversicherung abwälzen suchen, was seinen Etat zu sehr beschwert. Vielleicht gibt das Anlaß zur günstigeren Gestaltung der einzelnen Versicherungszweige.

Die guten Folgen der Arbeiterversicherung verkennen wir also trotz aller Verbesserungswünsche keinesfalls und freuen uns, daß ihre Beurteilung in sonst weniger interessierten Kreisen eine günstigere geworden ist. Nur können wir nicht der Auffassung beistimmen, die über das obige Lob hinaus noch weit Wichtigeres der Arbeiterversicherung zuschreibt. Es ist zweifellos eine Übertreibung, wenn gesagt wird:

„Ein weiteres wesentliches Verdienst der öffentlich-rechtlichen Versicherung ist die Milderung der sozialen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern.“

Es ist uns hier nicht vergönnt, die Grundursachen der sozialen Gegensätze rüchhaltlos zu besprechen, um die Unhaltbarkeit der vorstehenden Behauptung nachzuweisen. Das ist aber auch gar nicht nötig. Man braucht nur den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und die soziale Lage kurz vor dem Kriege zu beobachten, dann muß man sofort sagen, daß nichts weniger als eine Milderung der sozialen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern zu spüren war. Wäre nicht der Krieg ausgebrochen, dann standen schwere soziale Kämpfe im Innern des Reiches bevor.

Nur kurz sei daran erinnert, daß die Arbeitskämpfe der letzten Jahre schwere Formen angenommen hatten und daß die ausgleichenden Absichten der Gewerkschaften vielfach schwer verkannt und schroff zurückgewiesen wurden. Dagegen verhärteten die Unternehmerorganisationen ihren Einfluß auf allen Gebieten und erreichten die bekanntesten Erfolge der Gewerkschaften, die auf deren Erschütterung, wenn nicht Zerstörung gerichtet waren. Prozesse, Polizeieingriffe usw. prasselten nur so auf sie nieder usw.

Nach Kriegsausbruch kam plötzlich über die maßgebenden Kreise der herrschenden Klassen die Erkenntnis, daß die Gewerkschaften gar nicht so bössartig seien, wie man sie gehalten habe. Dann kam die Zurückstellung der Prozesse, die Einstellung der Feindseligkeiten und endlich nun der Gedanke, sie als anerkanntswürdige Organisationen unter den Schutz von Gesetzen zu nehmen. Dieser Gedanke harret in nächster Zeit der Ausführung. Wie sie vor sich gehen wird, müssen wir erst abwarten. Aber wie gesagt — der bevorstehende Ausbruch schwerer sozialer Kämpfe ist durch den Ausbruch des Krieges schnell abgewendet worden.

Jene Situation vor dem Kriege ist nun zweifellos ein vollgültiger Beweis dafür, daß die Arbeiterversicherung nicht die sozialen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern gemildert hatte. Selten traten die sozialen Gegensätze so scharf hervor als in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges. Ob sie nicht noch schärfer gewesen wären ohne Arbeiterversicherung, ist eine müßige Frage, die durch keine Tatsache, höchstens durch Vermutungen belegt werden könnte.

Nichtskleinweniger sprechen wir der Arbeiterversicherung gute soziale Wirkungen zu. Die liegen aber auf anderem Gebiet als dem des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Darüber werden wir bei anderer Gelegenheit reden. Wünschenswert ist nur der Ausbau der ganzen Arbeiterversicherung zum Vorteile der Arbeiterklasse und des gesamten gesellschaftlichen Organismus.

Kartoffelvertenerung.

Um die Landwirte zu veranlassen, die von ihnen zurückgehaltenen Kartoffeln auf den Markt zu bringen, bringt die Regierung das von den Konsumenten bereits stark bekämpfte Mittel der Steigerung der Höchstpreise in Anwendung. Nur soll diese Steigerung die Konsumenten nicht belasten. Es ist ein Kunststück, wie das fertig gebracht werden soll. Nach dem Plan der Regierung stellt sie sich das so vor:

Die Preise für Kartoffeln werden von 2,75 M pro Zentner auf 4 M gesteigert. Das ist zwar ein ganz ansehnlicher Gewinn für die Besitzer von Kartoffeln und eine starke Steigerung der Preise, doch sollen die Konsumenten keine höheren oder keine wesentlich höheren Preise zahlen als bisher. Ined der Steigerung ist allein, die Besitzer von Kartoffeln zum Verkauf anzureizen durch die Aussicht auf höhere Gewinne.

Wer zahlt denn nun aber die höheren Preise? Die Gemeinden, die die Kartoffelversorgung des Publikums in die Hand nehmen sollen und die vom Reich einen Zuschuß bekommen, damit sie höhere Preise zahlen und doch billiger verkaufen können.

Wer gibt denn nun aber dem Reiche die Mittel, damit es Zuschüsse an die Gemeinden zahlen kann? Natürlich die Steuerzahler. Sind das nicht die Konsumenten? Jawohl! Ist ihnen mit dieser Aktion geholfen? Nein, nicht! Es wird ihnen doch durch Steuern abgenommen, was man der Kartoffelspekulanten zuschiebt. Noch mehr! Es wird kaum bei dem Aufschlag von 1,25 M pro Zentner bleiben. Der Kleinhandel wird auch noch etwas dabei wegschnappen. Und so kommt zur Kartoffelknappheit auch noch die Kartoffelsteigerung. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die Landwirte trotz des erklecklichen Gewinnes schnell und genügend Kartoffeln auf die Märkte werfen werden. Nach dem man ihrer Gewinnmacherei so entgegenkommt, werden sie auf noch höhere Steigerung der Preise spekulieren und die Kartoffeln zu dem Zweck noch länger zurückhalten, genau so oder noch gerissener, wie im vorigen Jahre.

Es ist wirklich tieftraurig für die große Masse des Volkes, die bei der Brotknappheit hauptsächlich auf Kartoffeln angewiesen ist, daß die Verteuerung der Kartoffeln ihre Lage verschlechtert. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte bekanntlich den Antrag eingebracht, eine Erhöhung der Kartoffelpreise gesetzlich zu untersagen. Der Antrag ist leider mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Jetzt zeigen sich die Folgen der Ablehnung. Die Regierung fühlt sich ermutigt zu ihrem Vorgehen, das obendrein die Kartoffelnot nicht behebt.

Die Kartoffelnot läßt die Brotnot noch brüderlicher erscheinen — schreiben wir kürzlich, und riefen, die Beschaffung von Kartoffeln ev. durch das Zwangsmittel der Beschlagnahme zu betreiben. Denn es gibt genug Kartoffeln, nur werden sie zurückgehalten. Es ist das alte profitable Spiel, das die Agrarier mit den Konsumenten treiben. Gerade so, wie mit der Verschweigung der Getreidevorräte in vielen Bezirken des Reiches, die durch ein energisches Eingreifen der Regierung verhindert werden könnte.

Haben denn die Kartoffelproduzenten bei dem Preise von 2,75 pro Zentner eine Einbuße? Z bewahrel! Bei der großen Ernte des Vorjahres machen sie mit solchem Preis reich. Geminne. Und jetzt soll ihnen durch „Schnelligkeitsprämien“, wie der Vorsitzende der Generalversammlung des „Verbandes deutscher Kartoffelinteressenten“, Major D u e h l, die Steigerung der Höchstpreise raunte, noch ein größerer Gewinn ermöglicht werden. Das ist wirklich ein hartes Schick!

Und dabei denke man an folgendes. Im Herbst ließ die Regierung zweimal amtlich erklären: „Eine Heraussetzung der Höchstpreise für Kartoffeln findet unter keinen Umständen statt.“ Und später versicherte sie noch einmal: Die Kartoffelinteressenten haben auf keinen Fall mit einer Preiserhöhung ihrer Produkte zu rechnen.“ Trotz dieser feierlichen Versicherungen, die beruhigend auf die Massen wirkten, nun auf einmal beunruhigende Teuerungspreise! Da zeigt sich, wie stark der Einfluß der Agrarier auf die Regierung ist.

Und was tat der Beirat, der aus Reichstagskreisen der Regierung zur Seite gestellt worden ist, gegen diese Volksbelastung? Hat er gegen sie protestiert? Und wenn er es tat, warum wandten sich seine Mitglieder nicht sofort an ihre resp. Fraktionen und schlugen Lärm, um das Unheil zu verhüten? Was wir vermuteten, scheint einzutreten zu sein, nämlich, daß die Regierung dem Beirat so wenig nachzugeben gedenkt, wie der Reichspräsident. Für sie und ihre Maßnahmen betrachtet die Regierung diese Institutionen höchstens als eine Stelle, die sie mit verantwortlich machen kann, aber deren Rat nicht zu berücksichtigen braucht.

Doch, es wird sich ja in nächster Zeit zeigen, ob die Maßnahmen der Regierung gegen die Kartoffelknappheit auf dem Markt befruchtigen und ob sie zweitens eine Belastung der Konsumenten durch höhere Preise verhindern werden. Die „Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln“ werden die Gemeinden vielfach nicht leisten können, wenn sie das Reich nicht allein voll leistet. Dann gibts doch höhere Preise. Und was weiter daraus folgt, das wird man schon sehen.

Kreisch, der „Kölnischen Volkszeitung“, der auch die Erhöhung der Höchstpreise als das beste Mittel erscheint, die Landwirte zur Vergabe ihrer Vorräte zu bestimmen, — hat „man versichert, daß eine allgemeine Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise nicht vor April erfolgen soll.“ Ob sie das glaubt? —

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg u. Umg. Die Firma S. Simon u. Co. (Sitz Mannheim) erhöhte 1 Sorte um 50 S und 2 Sorten um 1 M pro Mille. Die Firma G. B. m. u. n. d. B. e. n. t. e. m. u. n. d. e. l. e. erhöhte die Teuerungszulage von 1 M und Gratifikator von 30 S pro Mille in dauernde Lohnzulagen um. Außerdem wurden 1 Sorte um 20 S , 2 Sorten um 50 S , 1 Sorte um 70 S und 1 Sorte um 1 M pro Mille erhöht. Der Mindestlohn für gewöhnliche Sorten Formarbeit ist jetzt 13,50 M pro Mille. Der Lohn der Wickelmacherinnen wurde von 33 1/2 Prozent auf 35 Prozent, bei einer Sorte auf 37 1/2 Prozent des Lohnes für Zigarren festgesetzt. Der Akkordlohn der Blattzurichterinnen wurde von 30 S pro Pfund Feuchtgewicht auf 35 S erhöht. Für Straßbede werden 40 S pro Pfund festgesetzt.

Lübeck u. Umgeg. Die Firma S. r. F. l. o. (Kantabakbranche) zahlte den verheirateten Spinnern und Rollenmachern zu Weihnachten 1915 eine einmalige Teuerungszulage von je 50 M . Die Firma G. T. h. o. r. e. n. b. e. r. g. (Kantabakbranche) zahlte zu Weihnachten den Spinnern eine einmalige Teuerungszulage von je 25 M .

Handersheim. Die Firma D. G. G. r. a. f. (Sitz Hamburg) erhöhte die gewährte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

Mollenbützel. Die Firmen W. i. l. h. G. r. u. p. e. und W. i. l. h. K. ö. h. l. e. r. gewährten abermals eine zehnprozentige Lohnzulage. Der Minimallohn beträgt nunmehr 11 M pro Mille bei Bierzeugung aufgesetzter Decke und entrippter Seilzüge.

Enger i. W. Die Firmen Heemeyer u. Bilgim, Chr. Hippel, Wilh. Osterwald, Seving u. Gröppel und Wilh. Weichhöfen die Lohnzulage von 50 S auf 1 M pro Mille.

Ceynhausen (Bad). Die Firmen Maes u. Frotischer und S. Rohde erhöhten die Lohnzulage von 50 S auf 1 M pro Mille.

Spengler i. W. Die Firma A. B. Weinberg erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent.

Spradon i. W. Die Firmen Gebr. Basteri, Gebr. Rosenwald, Striedick, Martin und Warmann u. Romp. gewährten auf neue eine Lohnzulage von 50 S pro Mille und die Firma Schilfer u. Sohn auf neue 1 M pro Mille.

Werther i. W. Die Firma S. W. Rohde gewährte erneut eine Lohnzulage von 50 S pro Mille und die Firma A. B. Weinberg erneut eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Hess-Oldendorf. Die Firmen Maes u. Frotischer und Wiemann u. Tietelnot gewährten erneut eine Lohnzulage von 50 S pro Mille.

Sandberg. Die Firmen Adolf Puff und Schuberth u. Seckert gewährten abermals eine Lohnzulage von 1 M pro Mille.

Mühlheim-Saun. Die Firma H. Rosenbahl gewährte erneut eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Brake (Lippe). Die Firma Fuchs u. Deventer gewährte erneut eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Lage (Lippe). Die Firma A. Schröder erhöhte den Minimallohn von 9,50 M auf 10 M pro Mille.

Schötmär (Lippe). Die Firma A. Bröcker erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent. Die Firma Wolf u. Romp. gewährte erneut Lohnzulagen und zwar erhöhte die Firma die Löhne bei einigen Sorten um 1 M pro Mille.

Gießen u. Umg. Infolge einer wiederholten Eingabe an die einzelnen Firmen und an den Verein der Zigarrenfabrikanten Gießen u. Umg. hat nun der Verein der Zigarrenfabrikanten für Gießen und Umgegend noch 5 Prozent, also im ganzen nun 10 Prozent Teuerungszulage bewilligt. Es kommen in Betracht die Firmen G. P. H. Gail, J. A. Noll, L. Georgi, F. Galy, Arnold Müller, G. H. Schirmer, R. Fießer, C. Emmelius, Gebr. Pleger, B. Büttner, E. Bender u. Co., S. Bod u. Co., Rinn u. Cloos, J. Rattmann.

Kiedaritz (Baden). Nachdem die Firma J. J. Frey u. Comp. am 1. Mai 1915 auf unsere erste Eingabe die Löhne pro Mille mfl. Widel um 30-50 S erhöht hatte, bewilligte sie jetzt nach einer Verhandlung mit dem Gauleiter eine Teuerungszulage für die verheirateten Kollegen von 2 M pro Woche. Mögen andere Firmen sich daran ein Beispiel nehmen.

Ansbach (Bayern). Auch die Firma F. Eichhorn u. Söhne hat auf unsere Eingabe die wöchentlichen Zulagen für Widelmacher von 50 auf 75 S, für Roller von 83 S auf 1,20 M erhöht. Für nach dem Kriege hat sie eine Lohnzulage in Aussicht gestellt.

Goldberg (Schl.). Die Firma Glabed u. Geiß gewährte nicht, wie irrtümlich gemeldet worden ist, eine neubestimmte Teuerungszulage, sondern eine Lohnzulage von 40 bis 1 M pro Mille. Die Firma Mischer erhöhte die Löhne um 25 S pro Mille für Zigarrenmacher und 25 S pro Mille für Widelmacher.

Regnitz. Die Firma Jul. Kapp gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Neumarkt (Schl.). Die Firma Osl. Strauß erhöhte die Löhne um 25 S pro Mille.

Strehlen (Schl.). Die Firma Karl Müller gewährte ihren sämtlichen Arbeiterinnen eine zehnprozentige Teuerungszulage.

Sirigau (Schl.). Die Firma Wilh. Baier erhöhte die Löhne um 60 S pro Mille. Die Firma Wilh. Franz gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine zehnprozentige Teuerungszulage. Die Firma Wilh. Hünich erhöhte die Löhne um 25 S pro Mille für Zigarrenmacher und 10 S pro Mille für Widelmacher. Die Firma W. B. Radler gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 50 S pro Woche und die Firmen Fr. Schön und Heinz Stache eine Teuerungszulage von 5 Prozent des Verdienstes.

Tanien (Schl.). Die Firma Jul. Neumann (Sitz Berlin) gewährte ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Kowitz (Posen). Die Firmen Hugo Aber und Siegf. Aber erhöhten die Löhne um 25 S pro Mille für Zigarren und 25 S für Widelmacher. Die Firma Max Schütz gewährte eine Teuerungszulage von 1 M pro Woche.

Posen (Brandenb.). Die Firma Otto Radow erhöhte die Löhne erneut um 50 S pro Mille. Der Mühlheim-Saun. Die Firma H. Rosenbahl erfüllte den Wunsch ihrer Arbeiter auf eine weitere Zulage, indem sie die Teuerungszulage von fünf auf zehn Prozent erhöhte. Der Firma scheint dieses aber zu geringen, denn es folgen folgende Tageslohnzulagen für ihre sämtlichen Arbeiter. Da die Firma in den letzten Tagen einen neuen Meister aus Thüringen bekommen hat, so sind die Arbeiter der Ansicht, daß der Meister Arbeitskräfte heranziehen soll. Die Kollegen werden gebeten, überall auf die Firma zu achten. Die Firma Rosenbahl, welche ihre Arbeiter so ohne Gründe auf die Straße setzte, hat auch sehr viel Sceresseierung.

Zur kommenden Tabaksteuer. In gesamten Tabakgewerbe beschäftigt man sich gegenwärtig mit der Tabaksteuerfrage und alles fragt, ob

das, was bisher durch die Presse als Regierungsforderung angekündigt, denn auch wirklich wahr gemacht werden sollte. Darüber sind sich die Interessenten der Tabakindustrie wohl klar, daß es um Kopf und Kragen geht, wenn neben den rund 200 Millionen, die schon aus der Industrie herausgeholt werden, weiter noch Summen herausgeschlagen werden sollen, wie sie ursprünglich die Vereinigten Tabak-Zeitungen nannten und wie wir sie in Nr. 4 des Tabak-Arbeiter wiedergegeben haben. Wir vermögen uns mit dem besten Willen nicht in die Möglichkeit hineinzuersehen, unserer Industrie solche Zumutungen stellen zu können. Nach den Erfahrungen zu sagen, daß es die Konsumenten sind, die die Belastung tragen werden, geht doch nicht gut an, denn schon durch den verminderten Konsum hat die Tabakindustrie, die doch sonst nicht gerade auf Rosen gebettet ist, einen unberechenbar großen und dauernden Schaden. Von allem andern vorläufig gänzlich zu schweigen. Man soll ja nicht sagen, wie der heilige Florian, daß das eigene Haus verschont bleibe und andere angezündet werden mögen, aber da wüßten wir doch andere Wege einzuschlagen, um die Mittel, die man jetzt wieder der Tabakindustrie aufbürden will, anderweitig zu beschaffen. Freilich wird man zur Beschaffung der Mittel noch andere Wege gehen müssen, aber die Tabakindustrie ist genug geplagt, und Summen, die in die Hunderte Millionen gehen, kann sie einfach nicht mehr leisten, ohne sehr zahlreiche Existenzen zu schädigen oder zu vernichten. Und auch auf die Art, wie man diese großen Summen neben den bisherigen noch herausholen kann und will, muß es vor allem uns Tabakarbeitern ankommen. Positives ist in dieser Hinsicht nur erst bezüglich der Zigarettenindustrie behauptet worden, indem von der Einführung einer Kriegsmarke, also einer besonderen Bandrollesteuer, die Rede ist. Was mit der Zigarettenindustrie usw. geschehen soll, scheint noch unbestimmt zu sein. Vor einigen Tagen verbreitete die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Notiz:

Die Presse bringt nahezu Tag für Tag Mitteilungen über die neuen Reichsteuern, die im März dem Reichstag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Alle diese Mitteilungen sind in keinem Falle authentisch. Das Reichschatzamt hat über die geplanten Steuern bisher keinerlei Veröffentlichungen herausgegeben und wird aus dieser Zurückhaltung auch weiterhin nicht heraustreten, solange die Vorlagen sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Wir nehmen an, daß sich diese von der Regierung inspirierte Erklärung auch auf die kommende Tabaksteuer bezieht. Demnach wären die Veröffentlichungen der Einzelheiten verfrüht und am Ende gar nicht zutreffend. Wir könnten in dieser Erklärung einige Hoffnung suchen, wenn wir nicht von dem ungeheuren Geldbedürfnis der Regierung so fest überzeugt sein müßten. Daß keine neuen Tabaksteuern kommen werden, läßt die Regierung keineswegs erklären. Und da sie von neuen Reichsteuern redet, die im März dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden, so ist in Verbindung mit der Tatsache, daß die Regierung seit längerer Zeit und auch gegenwärtig noch mit Sachleuten aus der Tabakindustrie eifrig konferiert, zu schließen, daß man es auf den Tabak unbedingt abgesehen hat.

Das Reichschatzamt erklärt weiter, aus seiner Zurückhaltung solange nicht heraustreten zu wollen, als sich die Vorlagen noch im Stadium der Vorbereitung befinden. Wir billigen diese Zurückhaltung nicht. Die ganze Tabakindustrie ist in Aufregung und muß baldigst Klarheit schon im Interesse zweckmäßiger Disposition wünschen. So mancher Steuerplan, wenn er auch nur Plan blieb, hat der Tabakindustrie Kunden geschlagen. Die Regierung kennt ohne Frage die Summen, die als neue Belastung genannt werden: sie muß sich auch, wenn sie schon im März dem Reichstag die Vorlagen zugehen lassen will, über die Höhe des Betrages, den sie aus dem Tabak herauszuschlagen will, schon jetzt klar sein. Denn von der Höhe dieses Betrages ist doch die Art der Belastung und der Aufbau ihrer ganzen Vorlage abhängig. Weßhalb nennt denn die Regierung diese Summe nicht? Ist sie gering oder nur geringer als bis jetzt in den Zeitungen genannt, so könnte das doch nur zur Beruhigung der Tabakindustrie dienen, zumal man ohnehin nicht damit rechnet, daß sie ganz verschont bleibt. Kommt aber die Summe der in der Presse genannten gleich oder sie ist gar noch größer, so liegt erst recht ein Grund zur Veröffentlichung vor, da die Zeit bis zum März sehr kurz ist, so daß soviel die Disposition der Industrie nicht wie notwendig, möglich ist. Und nun denke man sich, wie es werden wird, wenn zwischen Beschlußfassung der Gesetzgebung und Inkrafttreten der Steuer nur eine Zeitspanne von höchstens einigen Wochen liegt, wie es doch vermutlich der Fall sein wird.

Wir sind aber auch noch der Meinung, daß die Regierung sich jetzt schon klar sein muß, darüber, in welcher Weise sie die neuen Steuern aus dem Tabak ziehen will. Wir glauben schon, daß sie an der Vorbereitung der Vorlage arbeitet, dabei handelt es sich doch darum, die Einzelheiten um den Kern zu gruppieren. Der Kern der Vorlage ist aber die Höhe der Belastung und die Art, wie man die in Aussicht genommenen Mittel zu gewinnen hofft. Erst dann, wenn man sich über die Kernfrage einig ist, kann die Ausarbeitung der Einzelheiten beginnen. Sollte sich die Regierung nun, Ende Januar, noch nicht über Höhe und Art der Steuer einig sein, wenn sie bereits im März den Reichstag darüber verhandeln lassen will? Auch dem Reichstag kann sie die Vorlage doch nicht erst in der letzten Minute vor der Beratung zugehen lassen.

Hat die Tabakindustrie aber ein Interesse, die Höhe der neuen Steuern zu wissen, so hat sie es ebenso an der Art, und wenn diese in allen Einzelheiten auch noch nicht feststehen mag, so ist sie im Grundjah ungewisselhaft bei der Regierung entschieden. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung schon aus allgemeinen Staatsbürgerlichen Rücksichten die Pflicht möglichst frühzeitiger Aufklärung über ihre Ziele und Maßnahmen den Konsumenten gegenüber hat, ist es den Leidtragenden in erster Linie, den Interessenten der Tabakindustrie jedoch direkt schädlich zu

sagen, was da werden soll. Möglich, daß in jenen Kreisen der Tabakindustrie, die mit der Regierung über die Fragen konferieren, Mäheres bekannt ist, doch das kann der g a n z e n Industrie nichts nützen, zumal den betreffenden Herren zweifellos ein Schweigegebot auferlegt sein wird. Sollte aber ein Teil der Interessenten der Tabakindustrie unterrichtet sein und der andere nicht, so müssen wir das erst recht verurteilen.

Also die Erklärung der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ ist keineswegs danach angetan, die Tabakindustrie zu beruhigen. Im Gegenteil, soweit Kombinationen daraus möglich sind, darf man auf Schlimmes gefaßt sein.

Vom Tabakmarkt.

Die „Tabakwelt“ schreibt: „Es ist fraglich, ob die freie Tabakanfuhr auf die holländischen Märkte noch von Dauer sein wird. Unverkennbar gewinnt die sogenannte Partei der freien Flotte, welche die rücksichtslose Ausnutzung der englischen Seegewalt und damit unbekümmert um internationale Verträge, die völlige Lahmlegung des Handels der neutralen Länder mit Deutschland bezweckt, immer mehr Einfluß auf die Londoner Regierung. Man hat mit der Möglichkeit zu rechnen, daß plötzlich eine Verfügung die Freigabe der Tabakverschiffungen wieder aufhebt. Zumeist diese Erwägungen auf den Preislauf der letzten Jahrs-Java-Einschreibungen schon Eindruck gemacht haben, löst sich schwer feststellen, jedenfalls sind dadurch die Erwartungen, daß der Valutenrückgang aller Absatzgebiete eine Verbilligung nach sich ziehen werde, mehr wie ausgeglichen und der größte Teil der Angebote ist für ausländische Rechnung aufgenommen.“

Die „Südd. Tabakzeitung“ macht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Uebrigens scheint bei der Erschwerung des neutralen Handels ein Hauptziel zu sein, die Märkte nach London zu ziehen, so kann Brasil-Kaffee nach Holland nur noch für eigenen Verbrauch kommen, aber der Vorrat an Kaffee in London ist seit Kriegsausbruch etwa verfunfacht. Ein Tabakmarkt in London ist, da alle Vorbedingungen fehlen, natürlich ausgeschlossen, deshalb hat Tabak auch wohl seit her eine gimpliche Behandlung gehabt. Zudem scheint zurzeit eine starke Ausfuhr von Tabakfabrikaten aus Holland nach den Ländern der „Alliierten“ stattzufinden, wenigstens arbeiten große Fabriken bis spät in die Nacht, besonders soll die französische Regie zur Beschaffung des jetzigen Mehrverbrauchs außer Stande sein. Auch dies ist ein Motiv, um den Tabakmarkt in Holland ungestört zu lassen. Aber niemand kann in die Zukunft sehen, jede Stunde kann Veränderung bringen, dies um so mehr, da die Verschiffungen amerikanischer Tabake anscheinend wieder auf Schwierigkeiten stoßen. Einwilligen macht man sich in Fachkreisen über die Blockade-Frage keine größere Sorge, es herrschte sogar einige Tage an der Aktienbörse der Sumatra-Plantagen eine plötzliche Zubelebung, freilich waren die Hochsprünge der Kurse von nur kurzer Dauer.“

Wie unsere Lesern durch die Tageszeitungen bekannt geworden sein wird, beabsichtigt England eine Verschärfung der Blockade, so daß die Einfuhr nach Deutschland über neutrale Länder noch mehr als bisher beschränkt werden soll. Höchstwahrscheinlich würde auch die Tabakeinfuhr davon betroffen werden. Das englische Ministerium hat den Plan, wie es im Parlament erklärte, vorläufig noch auf eine unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Noch ein Verband für die Zigaretten-Industrie.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir: „Der neu begründete Bund der deutschen Zigarettenfabriken in Dresden umfaßt von denjenigen Fabriken, die aus dem Verbands der Deutschen Zigaretten-Industrie kürzlich ausgeschieden sind, lediglich die Dresdener Industrien, also nur vier Firmen. Die übrigen Nicht-Dresdener Firmen haben sich dem neuen Verbands nicht angeschlossen, vielmehr werden diese Firmen, zusammen mit einigen weiteren Gesellschaften, die schon früher außerhalb des alten Verbandes standen, sich demnächst in Berlin ebenfalls zu einem neuen Verbands zusammenzuschließen. Dieser neuen Vereinigung gehören u. a. die Firmen Engelhardt, Garbath, Patria, Waldorf-Astoria, Zuhar an. Beide Verbände stimmen indessen sowohl in der Beurteilung des alten Verbandes der deutschen Zigaretten-Industrie wie auch in einigen zurzeit schwebenden Fragen grundsätzlich überein.“

Beim Arzt.

„Drei Stunden sitze ich bereits hier; 1 1/2 Stunde brauche ich noch, ehe ich zu Hause bin, aber ich mußte mir die Zeit einmal nehmen. In der letzten Zeit habe ich so heftige Brust- und Kopfschmerzen, so daß ich den Arzt unbedingt mal zu Rate ziehen mußte.“ — So hörte ich vor kurzem eine junge, bleichwangige Tabakarbeiterin im Wartezimmer des Arztes reden. Die Frage, ob sie auch mit Ueberstunden arbeitet, bejahte sie sofort und brachte dabei auch gleich zum Ausdruck, daß sie sich seit der Ueberarbeit immer trücker und schwächer fühle. — Ein Gefühl des Mitleids beschlich mich, begleitet von dem Gedanken: Wieviel Tausenden und Abertausenden von Tabakarbeitern wird es jetzt ebenso gehen? Wie manche junge Knospe wird, ehe sie noch zur Blüte herangereift, vertrocknen.

Weiß wissen wir, daß schon bei normaler Arbeitszeit mancher Tabakarbeiter und manche Tabakarbeiterin frühzeitig dem Siechtum verfällt, um wieviel schlimmer müssen die Wirkungen der gesteigerten Arbeitszeit sein.

Der Mensch kann, wenn der Körper das Gleichgewicht behalten soll, täglich nur soviel Arbeitskraft verbrauchen, als er in der Lage ist, neue Kräfte seinem Körper zuzuführen. Die Kräfte müssen in erster Linie in einer guten und kräftigen Nahrung bestehen. Darüber ein Wort zu verlieren, wird sich wohl an dieser Stelle erübrigen, denn wir wissen, daß schon von jeher der größte Teil der Tabakarbeiter an Ueberernährung leidet, die jetzt bei der gewaltigen Steigerung aller Lebensmittelpreise umso mehr zum,

Ausdruck kommt. Nicht gleich nach den die Krankheitserscheinungen solche Formen an, daß von der Arbeit ausgeht werden muß, obwohl es manchmal sehr notwendig wäre. Das Gefühl, du wüßtest es noch mal mit Anspannung aller Kräfte versuchen, gibt manchmal noch die Möglichkeit, Widerstand zu leisten, bis dann der Zeitpunkt kommt, daß es eben nicht mehr geht.

Jede Heberarbeit muß, wenn sie von langer Dauer ist, gesundheitsgefährdend wirken. Leider ist der größte Teil der Tabakarbeiter gezwungen, mit Ueberstunde zu arbeiten, um eben ein paar Pfennige mehr zu verdienen, was wir ja ganz besonders den Tabakarbeitern von Herzen gönnen. Aber müßte denn dieser Verdienst nicht schon längst bei normaler Arbeitszeit vorhanden sein?

Was nützt es mir, wenn ich täglich mehr Kraft verbringe, als ich nur besitze, welche ich dann durch ein langes Krankenlager oder festes Siechtum quittieren muß. Unser Bestreben war es stets, durch kurze Arbeitszeit und hohen Lohn unsere Lebenslage zu bessern, nicht aber durch Ueberarbeit.

Und wenn es bis jetzt noch nicht gelungen ist, dieser Idee in allen Orten genügend Eingang zu verschaffen, so muß dieses in Zukunft umso mehr forciert werden. Der günstige Geschäftslauf soll nicht dazu dienen, die Tabakarbeiter noch mehr zu begenieren, sondern dazu, die Lebenshaltung derselben zu bessern.

Wohl wissen wir, daß eine Besserung nicht von allein erfolgt, dazu gehört vor allen Dingen eine gewerkschaftlich gut geschulte Arbeiterschaft. Und wer will bestreiten, daß die fast in allen Gauen Deutschlands vorhanden ist! Darum ans Werk, ihr Kollegen und Kolleginnen, die ihr den Wert der gewerkschaftlichen Organisation begriffen habt! Rastet nie, seid unermüdet in der Werbung neuer Mitglieder! Schafft Licht in die Köpfe derer, die da glauben, der Zeitpunkt sei immer noch nicht gekommen, die gewerkschaftliche Macht anzuerkennen. Mehr wie bisher haben es die Tabakarbeiter nötig, durch den Zusammenschluß den Weg zu finden, der sie nicht, wie es der jungen Tabakarbeiterin ging, zum Arzt führt, sondern zur vollen geistigen und körperlichen Frische und Freiheit. Unsere Aufgabe muß sein, das Werk, was unsere Väter begonnen, zu vollenden. **W. Fr. Kiel.**

Zum schweizerischen Tabakmonopolplan.

Dem Gutachten der beiden von der schweizerischen Bundesregierung bestellten Experten Milliet und Frey (Siehe Tabak-Arbeiter, Jahrg. 1915, Nr. 19 und 20!) haben die Organisationen der Fabrikanten, der Roh-tabakhändler und der Spezialehändler ein anderes Gutachten entgegengestellt, aus dem die Neue Zürcher Zeitung folgendes berichtet:

Die Arbeit stützt sich hinsichtlich der Schätzung der Quantität und des Wertes der im Inland zum Verbrauch gelangenden Tabakfabrikate auf die Ergebnisse der Umfrage bei sämtlichen Tabakfabrikanten der Schweiz. Für den Wert des Rohmaterials dieser statistischen Erhebungen wird die Tatsache ins Feld geführt, daß die alle festgesetzten Mengen der in der Schweiz fabrizierten und verkauften Tabakerzeugnisse hinsichtlich der hierzu erforderlichen Menge Rohstoff der durchschnittlichen jährlichen Einfuhr von Rohstoff entspricht. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Gutachten Milliet-Frey zu einem Leinwand gleichem Gesamtbeitrag des Verbrauchs gelangte, wie die Tabakfabrikanten, nämlich zu 55 975 000 Frank, während jene 65 881 000 Frank berechnen. Zu dieser letzteren Summe kommt nun ein Mehrwertbeitrag infolge Verbilligung der Kleinverkaufspreise für Stumpfen und Tabake seit dem 10. Mai v. J. von 3 553 235 Frank, so daß der gegenwärtige Wert des gesamten Inlandsverbrauchs an Tabakfabrikaten auf 59 224 553 Frank zu bemessen ist. Die vom Expertengutachten berechneten Monopolbruttoeinnahmen belaufen sich total auf 59 533 500 Frank, und auf diese Summe stützen die Experten die Berechnungen über den wahrscheinlichen Mehrwert des Tabakmonopols (52 655 000 Frank). Die Kritik behauptet, sie befinden sich hierbei in einem wesentlichen Irrtum. Unter Annahme einer Verminderung des Konsums unter dem Monopol von 10 Prozent eines verminderten Imports (40 Prozent) und Konsums fremdländischer Fabrikate und einer Mehrproduktion und eines Mehrverbrauchs inländischer Fabrikate (50 Prozent des Anfalls auf den Import) gelangt sie zu einer Einnahme aus dem Verkauf im Inland von 54 522 658 Frank. Unter Abzug von 13% Prozent Rabatt an Weidervorkäufer — prozentualer Satz im Expertengutachten — läßt man zu einer Nettoeinnahme aus dem Inlandsverkauf von 44 848 418 Frank. Dazu gerechnet 1 292 000 Frank, Erlös aus der Ausfuhr von Fabrikaten und Säucen und 1 271 750 Frank Ertrag der veranschlagten Erhöhung der Tabakfabrikatpreise beträgt die Gesamtbruttoeinnahme der Tabakregie 46 912 168 Frank oder 5 172 832 Frank weniger (bzw. 6 444 582 Frank weniger bei Regalierung der verechneten Mehrzolleinnahme) als im Expertengutachten.

Rund die Ausgaben. Den Gesamtwert des jährlichen Rohstoffbedarfs leihmt die Kritik auf 10 750 000 Frank, die Pöhne der in den Fabriken tätigen Arbeiter (5000) auf 9 400 000 Frank, die „andern Fabrikationskosten“ werden auf 3 000 000 Frank veranschlagt (wie im Expertengutachten), die Ausgaben der Verwaltung auf 1 725 000 Frank geschätzt. Für Zins und Amortisation des Anlagekapitals sind 1 275 000 Frank in die Berechnung eingestellt, die Verzinsung der Betriebsmittel — auch hier sollen die Anfänge des Expertengutachtens zu optimistisch sein — wird auf 2 000 000 Frank veranschlagt; für den Ankauf ausländischer Fabrikate hätte die Regie nach der Kritik 2 700 000 Frank zu bezahlen. Für „Anwohnergebühren und Aufwendung“ nimmt die letztere in näherer Begründung eine Summe von 1 362 168 Frank in Aussicht oder rund 4% Prozent der veranschlagten eigentlichen Betriebskosten. (Diese niedrige Berechnung erfolgte rein nur aus Opportunismusgründen.) Zusammen belaufen sich die Ausgaben nach der Kritik auf 52 212 168 Frank.

Entschädigungen wären im Betrage von 60—70 Millionen zu beziffern. Bei einem Satz von 7 Prozent ergäbe sich eine Verzinsung und Amortisation von 4 500 000 Frank.

Gegenüber dem vom Expertengutachten berechneten Einnahmehüberschuß von 20 000 000 Frank gelangt die Kritik zu einer Summe von nur 14 700 000 Frank. Unter Annahme der Aufzinsung der Experten verbleibt aus dem letzteren Betrag als Nettoeinnahmen für den Fund 7 000 000 Frank.

Wir schließen und sagen — lauten die Schlüsse der Kritik —, daß nach unseren, die Ausgaben auf das niedrigste ansetzenden Berechnungen ein eigenständiges Tabakmonopol auf Grund der gegenwärtig, d. h. seit der Erhöhung der Preise für Stumpfen, Rauch- und Schnupftabak vom 10. Mai 1915 geltenden Kleinverkaufspreise dem Bund eine neue Einnahme von 7 000 000 Frank bringen könnte. Wir erinnern aber daran, daß nach unserer Ansicht die allerersten Vorkehrungen gebietet, auf den Gesamtbeitrag der eigentlichen Betriebsausgaben von 20 000 000 Frank für Ueberbegehens wenigstens 10 Prozent zu berechnen. Derselbe würde der Volk „Anwohnergebühren“ um 1 500 000 Frank erhöht und die Nettoeinnahme um den gleichen Betrag auf 5 500 000 Frank vermindert. Mit unsern 7 000 000 Frank — ev. nur 5 500 000 Frank — (wenn man vorzüglich sein will) ist man von den 15 000 000 Frank der entsprechenden Experten Milliet und Frey noch weit entfernt!

Für Vormünder und Pflegeeltern unehelicher Kriegerwaisen.

Die Reichsregierung hat sich mit der erweiterten Reichstagskommission schon im April v. J. dahin geeinigt, daß die unehelichen Kinder bei der Uebernahme des Militärhinterbliebenengesetzes dieselbe Kriegswaisenrente wie die ehelichen erhalten sollen, und sie hat sogar versprochen, da diese Gesetzesänderung erst in der ersten Friedenssitzung des Reichstages behandelt werden soll, daß bis dahin die unehelichen Kinder eine freiwillige ausreichende Unterstützung erhalten sollen. Es sind daraufhin von den einzelnen Kriegsministerien auch entsprechende Verfügungen ergangen. Indessen ist für die Vormünder und Pflegeeltern unehelicher Kinder bei dieser Frage die allgrößte Vorsicht zu empfehlen. Nach dem Kriegsunterstützungsgesetz steht den unehelichen Kindern, deren Väter vor dem Feind gefallen, die Kriegsunterstützung bis zu dem Tage zu, wo der Truppenteil, dem der Vater angehörte, auf den Friedensfuß zurückgeführt ist oder sie eine Waisenrente erhalten. Da das letztere bislang nicht möglich ist, so müssen sie bis nach Friedensschluß die volle Kriegsunterstützung erhalten. Dieser Anspruch dürfen natürlich die Vertreter des unehelichen Kindes auf keinen Fall aufgeben. In einzelnen Verbänden hat man versucht, den unehelichen Kriegswaisen, wenn sie eine solche freiwillige Unterstützung vom Kriegsministerium erhalten halten, die Kriegsunterstützung zu entziehen. Das ist nicht nur gegen das Gesetz, sondern auch höchst bedenklich, denn diese Unterstützungen sind oft sehr niedrig bemessen. In einem Falle wurden 60 M für die gesamte künftige Erziehung gewährt. Bis alle, Reichstag und Regierung, ihr Versprechen für eine Kriegswaisenrente für Uneheliche einlösen, müssen die Vertreter dieser Kinder unbedingt bedacht sein, ihnen die Kriegsunterstützung zu erhalten, die ihnen nicht entzogen werden darf. Da es sich schon heute um mehr als 15 000 uneheliche Kriegswaisen handelt, ist darin ein wesentliches Stück Kinderkürzung enthalten. Bei besonderen Schwierigkeiten empfiehlt es sich, näherer Auskunft beim Archiv deutscher Verfassungsvormünder, Frankfurt a. M., einzuholen.

Die Leistungen der Gewerkschaften in der Kriegszeit.*

Es wird viele Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen geben, welche die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft wegen der damit verbundenen Beitragszahlung als unnötige Belastung empfinden. „Für das Geld kaufe ich mir lieber etwas!“ Wenn mein Mann das Geld für seine Familie sparen würde, wäre das viel besser!“ — oder so ähnlich — sagen sie wiederholt, wenn sie zum Beitritt in die Organisation aufgefordert werden, oder wenn der Verbandskassierer die Beiträge abholt. Vielen dieser Gegner der gewerkschaftlichen Organisationen hat der Krieg gezeigt, wie kurzsichtig es ist, im Hinblick auf die Beitragsleistung der Organisation fernzubleiben, daß vielmehr die Zugehörigkeit Vorteile schafft, die auch nicht entfernt mit den Opfern zu vergleichen sind, die jedes Mitglied zu bringen hat.

Daß die Beitragsleistung ein Opfer bedeutet, soll gar nicht bestritten werden. Der Verdienst der Arbeiter und namentlich mancher Arbeiterin und weiblichen Angestellten ist in der Regel so niedrig, daß selbst eine Ausgabe von wenigen Groschen rechnet. Man muß sich aber fragen: Was kann ich oder meine Familie dafür eintauschen? Antwort darauf geben die Leistungen der Gewerkschaften und gibt die seit Erstarren der gewerkschaftlichen Organisation eingetretene Besserstellung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die ziffernmäßig nachzuweisen ist.

Freilich haben von Lohnerhöhungen und andern Verbesserungen im Arbeitsverhältnis Verkürzung der Arbeitszeit, größere Sauberkeit in den Betrieben, Schaffung gesünderer Arbeitsräume, Garderoben, Kochgelegenheit und vieles andere) auch diejenigen Vorteile, die nicht organisiert sind. Manchmal werden diese sogar vorgezogen, bekommen z. B. nur sie Zulagen. Wo dies geschehen ist, war die Veranlassung aber doch immer die gewerkschaftliche Organisation, die entweder Lohnerhöhung beantragt oder ein Vorgehen dazu doch beschlossen hatte und deren Absicht den betreffenden Unternehmern hinterbracht worden war. Darum sollte durch Bevorzugung der Unorganisierten Uneinigkeit und Mißtrauen gegen die Organisation in die Reihen der Kollegen und Kolleginnen getragen und dadurch ihre Macht gebrochen werden. Namentlich die weiblichen Arbeitskräfte haben sich vielfach von solchem Vorgehen täuschen lassen. Allerdings oft mit dem Erfolg, daß ihnen die versprochenen Zulagen wieder abgezogen, manchmal auch gar nicht erst ausgezahlt worden sind, wenn die Unternehmer Kenntnis davon erhielten, daß die Mehrzahl der Beschäftigten aus der Organisation ausgetreten ist. Wo für einen Beruf, einen Betrieb oder einen Ort das Vorgehen der Organisation Erfolg hatte, genießen natürlich die Unorganisierten die Vorteile mit. Immer aber ist die Organisation die Auzegerin, und jemeher Berufsangehörige ihr angeschlossen sind, um so größer ist die Aussicht auf Erfolg ihrer Bestrebungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Wenn das ist der Zweck der gewerkschaftlichen Organisation. Um ihn zu erreichen, hat sie Einrichtungen geschaffen, durch welche die Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und in Krankheitsfällen unterstützt werden und die ihnen passende Arbeit nachweisen können, ohne daß diejenigen, die aus irgendeinem Grunde ihre Beschäftigung verloren haben, nun von Tür zu Tür laufen müssen, um anzufragen, ob eine Stelle frei ist, die sie dann zu den Bedingungen, die ihnen geboten werden, annehmen, wenn sich viele um eine Stelle bemühen.

Wie wichtig diese Einrichtungen der gewerkschaftlichen Organisationen sind, von denen hier nur einige genannt wurden, hat nun der Krieg gezeigt. Er kam uns allen so plötzlich. Niemand war auf ihn vorbereitet. Hungerkämpfe wurden mit einem Schlage vor Beschäftigung

gestellt, die gegenüber den bisherigen völlig verändert waren. Man denke nur an die Familien der sofort eingezogenen Reservisten und an die riesige Zahl arbeitsloser Männer und Frauen, die gleich bei Kriegsausbruch vorhanden waren. Damals kamen Kriegesfrauen, die sonst von der Organisation ihrer Männer nichts wissen wollten, in Scharen in ihre Bureaus, um sich Rat zu holen. Sie mußten ja nicht, wo sich sonst hinwenden. Und die Arbeitslosen kamen in noch größerer Zahl, um Beschäftigung oder doch Unterstützung zu erhalten. Wobon sollen sie und ihre Familien denn leben, wenn sie keine Arbeit, also auch keinen Verdienst haben? Von zurückgelegten Geldern etwa? Nur äußerst wenige können vom erarbeiteten Verdienst etwas für schlechte Zeiten aufheben, und sollten wirklich einige die Summe, die andere als Organisationsbeitrag ausgegeben, sparen, so kann dadurch auch nur ein so geringer Betrag zusammenkommen, daß damit nicht viel anzufangen ist. Nun spart aber wohl kaum jemand diesen Betrag. Das Geld wird eben mit ausgegeben. Deshalb waren damals auch nur diejenigen gegen die größte Not geschützt, die als Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen Anspruch auf ihre Unterstützungen hatten, denn andere können nichts erhalten. Da nun alle Mitglieder gleichmäßig einzahlen, nicht alle aber die Unterstützungsrichtungen in gleicher Weise in Anspruch nehmen, so kann der einzelne mehr zurückerhalten, als er an Beiträgen geleistet hat. Niemand weiß aber, ob er nicht einmal in die Lage kommt, auf Unterstützungen angewiesen zu sein. Weilschnell dieser Fall eintreten kann, hat der Krieg gezeigt. Deswegen bietet die Mitgliedschaft in einer Organisation eine Sicherheit, die allein schon das Opfer der Beitragsleistung wert ist. Das haben während des Krieges viele empfunden. Viele allerdings zu spät, um in der schlimmsten Zeit die Vorteile des Organistertums genießen zu können. Die gewerkschaftlichen Organisationen waren aber in der Zeit der schlimmsten Arbeitslosigkeit die einzigen Stellen, die an Arbeitslose Unterstützungen zahlten. Erst später gaben auch Gemeinden und Landesversicherungsanstalten Mittel für diese Zwecke her. In den meisten Orten sind heute noch nur die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die schlimmste Not bei Arbeitslosigkeit geschützt.

In einer Augustwoche des Jahres 1914 wurden von den Gewerkschaften 1 648 120 M für Unterstützung arbeitsloser ausgezahlt. Bis zum 31. Juli 1915 waren es bereits 21½ Millionen Mark. In der gleichen Zeit (vom 3. August 1914 bis zum 31. Juli 1915), also in noch nicht einem ganzen Jahre, erhielten Familien von Kriegsteilnehmern aus den Mitteln der Gewerkschaften 10½ Millionen Mark zur Linderung ihrer Notlage. Mit diesen Summen sind unendlich viel Tränen getrocknet und ist vielfach größter Not gesteuert worden. Sie konnten zur Auszahlung kommen, weil die großenteils Beitragszahlung der einzelnen Mitglieder solche Summen zusammengebracht hatte. Sie wurden geleistet in einer Zeit, in der die Gewerkschaften durch Einziehung ihrer Mitglieder zum Heeresdienst und durch Fahnenflucht unangefüllter Personen stark geschwächt waren. Trotz aller Beweise für die Notwendigkeit der Organisation sind nämlich doch viele Mitglieder, vor allen Dingen weibliche, aus den Organisationen ausgetreten. Ein Teil von diesen hat jedenfalls in der Kriegswirtschaft guten Verdienst gefunden und denkt, nun sind wir gut daran, was kümmern uns jetzt die andern. Andere mögen durch die Folgen des Krieges so in Mitleidenschaft gezogen sein, daß sie aus diesem Grunde keine Gedanken für die Organisation haben. Welcher Art auch immer die Ursachen für den Rückgang in der Zahl der Organisationsmitglieder sind, das Resultat bleibt doch bedauerlich, denn es läuft auf eine Schädigung aller beschlossenen Personen hinaus. Diese haben einen Vorteil an starken leistungsfähigen Gewerkschaften.

Wo solche vorhanden waren, haben sie auch in der Kriegszeit für Lohnerhöhungen, Festsetzung tariflicher Arbeitsbedingungen, Teuerungszulagen usw. gesorgt. Was in diese Beziehung im einzelnen geleistet worden ist, kann an anderer Stelle unserer Zeitung nachgelesen werden.

Dazu kommt die Hilfe, die durch Erteilung von Rechtsauskunft, Aufertigung von Gesuchen und persönliche Vertretung vielfach gewährt worden ist. Auch hierüber wird noch später mehr gesagt werden müssen. Aber selbst durch die an dieser Stelle erbrachten Nachweise ist der Beweis geliefert, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern und darüber hinaus der gesamten arbeitenden Bevölkerung Vorteile erwähren, die eine Entwicklung ihrer Organisationen dringend wünschenswert erscheinen lassen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Verteilungen nur an H. Nieber-Weland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. B. in Hamburg, Postfach 10 Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Aufschriften sind an L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Zur Beachtung für Korrespondenten und Abonnenten. Bei Benutzung des Telefons ist in Zukunft stets das Amt mit anzugeben. Der Anruf ist: Amt „Roland“ Nr. 6046.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Hamburg, das Mitgliedsbuch S II 74 031, lautend auf Ferdinand Martens aus Lunden, geb. 20. 5. 1851, einget. am 26. 10. 15. Das Mitgliedsbuch soll gefälligst werden.

Im Vorzeigungsfalle ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand einzuliefern. (S. 56, 2 Z. 18)

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, E. = Eckaltfälle.

10. Januar: Heidelberg B. 30, — 16. Schorndorf B. 30, —
 Seibenthal B. 64,75, — 21. Schöned. P. 100, — Hinderkruz B.
 50, — 22. Pannheim B. 100, — Langweil B. 50, — Burgen
 B. 100, — Sippladt B. 30, — Nischlengern B. 200, — Eisenberg
 B. 30, — Dangig B. 14,04, — 23. Rheba B. 100, — Leisnig B.
 50, — Schönhausen B. 45, — Noddenhelm B. 600, — 24. Erfurt
 B. 50, — Berlin B. 16,00, — Mühlhausen in Thür. B. 100, —
 Verste B. 50, — Sunnebrock B. 103, — Sidbenhausen B. 30, —
 Schnellmannshausen B. 23,49, — 11,50, Brandenburg B. 60, —
 Schiffbed B. 120, — Golln B. 50, — Greiz B. 20,15, Helmarshausen
 B. 20, — Ebnsteden B. 10, — Westru B. 300, — Neu-
 markt B. 60, — Wattensteib B. 30, — Forst B. 35, — Alten-
 burg B. 150, — Hamburg B. 150, — 25. Altenburg B. 30, —
 Mülden B. 150, — Lage B. 10, — Goldberg B. 100, — Rasch-
 hausen B. 168,97, — Emmendingen B. 50, — Habersleben B.
 100, — 26. Mühlheim-Sara B. 15, — Franzenberg B. 600, —
 Prövitich B. 110, — Dümme B. 20, — 27. Bremen B. 200, —
 28. Rehme B. 240, —

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder, sowie die Quartalsabrechnung einzuliefern.
 Bremen, den 31. Januar 1915. B. Nieder-Wolland.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1913 gingen bis 2. Febr. ein:

1. Gau, Hamburg: Schiffbed, Altenbruch, Daffon, Grevesmühlen;
 2. Gau, Hannover: Helmarshausen, Großheide, Stendal; 3. Gau,
 Nordhannover: Mühlhausen, Klase; 4. Gau, Herford: Wattensteib,
 Lage, Mühlheim-Sara, Stitt-Cuernheim, Rehme, Enger, Herford,
 Barendorf, Wennighausen, Blasheim, Rhaden, Emmerich, Baldorf,
 Ahle, Pyramont; 5. Gau, Frankfurt a. M.: Niebrich; 7. Gau, Offen-
 burg: Neufreistatt; 8. Gau, Karlsruhe: Zuffenhausen; 9. Gau, Er-
 furt: Altenburg, Mühlh., Raschhausen, Teuchern, Könnern, Eisen-
 berg; 11. Gau, Breslau: Galdberg, Wohlru, Kowitzsch, Görlitz;
 12. Gau, Berlin: Uffrin, Spandan, Königsberg, Wusterhausen,
 Neubamm.

Achtung, Redaktionen und Gauleiter!

1. Februar hat eine ganze Anzahl Jahrgänger die Quartalsabrechnungen noch nicht eingeleitet; sorgt dafür, daß dieses sofort geschieht.

1. Gau, Hamburg: Neuhaus.
 2. Gau, Hannover: Langermünde, Doffau, Gertrude.
 3. Gau, Nordhannover: Unterrieden, Groß-Brantenbach.
 4. Gau, Herford: Münde, Löhne, Detmold, Niederbedden, Br.-Olbensdorf, Duisburg.
 6. Gau, Heidelberg: Edingen.
 7. Gau, Offenburg: Eigersweier, Hünningen.
 8. Gau, Karlsruhe: Heilbronn.
 9. Gau, Erfurt: Coburg.
 11. Gau, Breslau: Altwasser, Grünberg, Langenbielau, Neustadt, Epprohan, Strehlen, Trebnitz, Sirk.
 12. Gau, Berlin: Berlin, Senttenberg.

Adressen-Veränderungen.

Walheim (10): 1. Bev. Herm. Segura, Thalstr. 3, II, Ansbach (8): 1. Bev. Aug. Karl, Oberhäuserstr. 18, II Rhaden (4): 1. Bev. Aug. Koopmann, Nr. 27, Schätmar (4): 1. Bev. Aug. Wienbröcher, Ehrten bei Schätmar, Langestr. 85.

Gestorben:

Gestorben am 24. September 1915 in Frankreich der Zigarrenarbeiter Ernst Hertel aus Schwerin (Zahlflee Kästrin).
 In einem Kellazarett in Rußland starb am 7. Januar an Ruhr der Zigarrenarbeiter Karl Dergmann aus Rehme (Zahlflee Rehme).
 Gestorben am 13. Januar im Westen der Sortierer Georg Ost aus Hamburg, 37 Jahre alt (Zahlflee Hamburg-Altona).
 Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.
 Mehrere tüchtige Koller nach Salungen finden dauernde Beschäftigung. Tariflohn und 10prozentige Lernungszulage. Das Lehrgeld wird vergütet. Nachfragen: Gauarbeitsnachweis, Anton Fischer, Erfurt, Ubestebstr. 29, I.
 Der Verbandsvorstand.

Kollegen! agitiert für den Verband!



Eckstein
Zigaretten
 Einzig in Qualität
Trusffrei
 A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Soeben neu erschienen Modellbogen **209** für gebrauchte Wickelformen

Größtes Wickelformenlager Deutschlands
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER
L. COHN & CO.
 BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.
Verlangen Sie sofort kostenlos
 Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster etc.

Soeben neu erschienen Modellbogen **209** für gebrauchte Wickelformen

Carl Roland, Berlin SO
 Kottbuserstrasse 4

Sumatra-Tabake
 pr. Pfd. 3,50, 4,—, 4,50, 5,50 M.
 Vorstienlanden-Decken
 pr. Pfd. 2,70, 3,60 M.

Java-Umblatt
 pr. Pfd. 1,90, 2,—, 2,20 M.

Brazil Ia. ... pr. Pfd. 2,40, 2,90 M.
 Havana Ia. pr. Pfd. 4,— M.
 Mexiko-Decke Ia pr. Pfd. 5,— M.
 Ueberseeischer Anfarbeiter
 großblättrig, flatter Brand 1,70 M.

Unserm Kollegen Joseph Werth und Kollegin Waretthe Buehm zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlflee Arnstadt.

Hugo Müller, Rohtabak
 Bremen, Bornstraße 38.
 Fernsprecher: Roland 6252.

Brazil St. Felix-Decker, weißer Brand, 2,70 u. 2,90 M. Vorstienland-Decker, auch Sinkroller Ia, 3,20 u. 3,60 M., dunkel, Brazil-Erfaz, 1. Länge, 3,20 M., 2. Länge 2,80 M. Geschnittene Zigarren-Einlagen 1,60 u. 1,70 M. Java-Einlage 1,80 M., per 1/2 kg. Versand 1,85 M.

Verband unter Nachnahme.

Rohtabak

Sumatra-Decker, 2. Gg., hell, 280, 300, mittel 2. Gg., 240, Umblatt, 240 A. Vorstienland-Decker, Kehroller, 280, Umblatt, 240, dunkel, 250 A. Brasil-Ersatz, Java-Einlage u. Umblatt, leicht u. wollig, 210, kräftig 180 A. Brasil-Decker, mit 5 Pfd. bedend, 280 A. Einlage u. Umbl. 240, lose Blätter 220 A. Domingo-Einlage 200, Umbl. 210 A. Seedleaf-Einlage u. Umbl. 200 A. Hosgut 200, Havana-Umbl. 400 A. Ueberseeische Stengel werden gekauft Pfd. 50 A. franco Bremen.

Verband nur unter Nachnahme.

Heinrich Hüsemann
 Bremen
 Hohentors-Str. 105 Fernspr. 2880

Gelesene Tabak-Arbeiter
 bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Java-Aufarbeiter
 besonders feine Qualitätsware.
 Für Rippen zahle 60 M. p. St.

G. Zeun, Berlin,
 Brunnenstraße 151.
 (früher Zeun & Ulrich).

Leon Weil, Speyer
 Lager 1152 Rohtabake Perdurat 119

Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.). Spezialofferte: Ia reife, leichthändige Java-Umblätter (Stamat 1915) und Einlagen (beste Qualität) von M. 2,10 bis M. 2,45. Rippenabnahme zu den höchsten Tagespreisen.

Briefkasten.
 Arnstadt 70 A.



GARBÁTY
CIGARETTEN
 GARBÁTY-ROSENTHAL, CIGARETTENFABRIK GARBÁTY, BERLIN-DANKOW

AKT, SABA, FLAGGENGALA ETC
DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSFFREI

Achtung! Rohtabak!
Hengfoss & Maak
 Altona - Ottensen
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Kein Tabak-Arbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Neue direkte Einkäufe geschlossener Partien in der Einschreibung vom 14. Januar d. J. in Amsterdam:

Java Umblatt:	Partie	195	Packen	B/D'alie/KP/A
"	"	125	"	F.R./A
"	"	68	"	AK/Poeltj/Aroem/Pasirlan
Java Aufarbeiter:	"	263	"	SHCM/HS
"	"	168	"	Tambo/KB/Kawi
"	"	180	"	" /Goentor
Venezuela:	"	41	"	MF
"	"	59	"	"

8 Partien mit 1099 Packen
Fordern Sie Bemusterungen

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rechtshandlung Brunnenstrasse 22
 Utensilien für Zigarrenfabriken